

Presse-Information

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Obenmarspforten 21, 50667 Köln
E-Mail: presseamt@stadt-koeln.de
Redaktionsbüro +49 (0) 221 221-26456
Rufbereitschaft: +49 (0) 221 / 221-26487

Alexander Vogel (av) 221-26487
Pressesprecher
Simone Winkelhog (sw) 221-25942
stv. Pressesprecherin
Robert Baumanns (rob) 221-32176
Sarala Christensen (sc) 221-26488
Benedikt Mensing (bm) 221-26489
Katja Reuter (reu) 221-31155
Nicole Trum (nit) 221-26785

18.08.2021 -

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2022 am 18. August 2021 Haushaltsrede von Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
liebe Mitglieder des Rates der Stadt Köln,
sehr geehrte Damen und Herren – auf der Zuschauertribüne, im Stream und hier im Rat!

Zwei Jahre ist es her, dass ich das letzte Mal vor Ihnen gestanden habe und den Doppelhaushalt 2020/2021 hier erläutern durfte.

Zwei Jahre – in denen im Zuge der Pandemie vermeintliche Gewissheiten wie Sand zwischen den Fingern zerronnen sind.

Zwei Jahre – in denen Krisenmanagement gefordert war und auch noch weiter gefordert sein wird.

Zwei Jahre, die ihre finanziellen Spuren hinterlassen haben und die den steten Aufwärtstrend der jüngeren Vergangenheit jäh unterbrochen haben.

Das hat uns alle – Politik ebenso wie Verwaltung – in Atem gehalten und es galt und gilt, Antworten auf drängende Fragen zu finden.

Die heutige Einbringung des Haushalts ist das Ergebnis vieler Monate Arbeit, vieler Gespräche, vieler Sorgen, aber auch einer großen Teamleistung.

Vier Aspekte waren dabei leitend. Vier Themenkreise, an denen ich mich auch heute orientieren will:

1. Welche finanziellen Folgen hat die Corona-Pandemie?
2. Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus für unseren neuen Haushalt?
3. Und – ganz wesentlich: Corona ist ja beileibe nicht alles: Wie begegnen wir konkret den zahlreichen Zukunftsaufgaben und Herausforderungen in dieser Stadt?
4. Und schließlich: Wie kann es auch über 2022 weiter gehen – was heißt das für die Zukunft und insbesondere für den angestrebten Haushaltsausgleich?

Sehr geehrte Ratsmitglieder, lassen Sie mich zunächst einen Blick zurück werfen:

Welche finanziellen Folgen hat die Corona-Pandemie?

Schon bei der Aufstellung des letzten Haushalts hatten wir eine konjunkturelle Abkühlung erwartet und unsere Steuern deutlich vorsichtiger geplant.

Der Rat ist diesen Weg (mehrheitlich) mitgegangen und hat – trotz aller Wünsche und Erwartungen – im Haushaltsberatungsprozess Augenmaß gewahrt.

Rückblickend zeigt sich: Das war der richtige Schritt. Ohne ihn wären die heutigen Deckungslücken noch größer.

Doch trotz aller Vorsicht: Der konjunkturelle Einbruch in Gestalt der Corona-Pandemie kam deutlich schneller und heftiger als erwartet. Und die Auswirkungen werden wir noch einige Jahre lang spüren, auch deutlich über den aktuellen Haushalt hinaus.

Damit Sie ein Gefühl für die Größenordnung haben:

Im Verhältnis zu unseren Planungen aus der Zeit vor der Krise fehlen uns bei den wesentlichen Steuererträgen rund 291 Millionen Euro, das sind mehr als 10 Prozent des damaligen Planungsniveaus¹.

Und auch im Vergleich zu unserem, ja deutlich vorsichtigeren Doppelhaushalt 2020/2021 mussten wir unsere Prognosen nach einmal sehr schmerzhaft nach unten korrigieren: Bei der Gewerbesteuer liegen wir jetzt rund 94 Millionen Euro (oder 6,34%) unter der bisherigen Planung, bei der Einkommensteuer, bei der sich die steuerlichen Folgen der Kurzarbeit bemerkbar machen, ist es sogar noch dramatischer: Hier fehlen uns rund 111 Millionen Euro, oder gut 15%.

Auch bei den Ausschüttungen haben wir vorsichtiger kalkuliert. Hier gehen wir derzeit – je nach Szenario und einem möglichen ÖPNV-Rettungsschirm – von Mindererträgen in Höhe von etwas über 30 Millionen Euro aus.

Sehr geehrte Mitglieder dieses Rates,
das alles sind Lücken, die es erst einmal zu schließen gilt!

¹ Vergleich der Planwerte für das Jahr 2022 aus der mittelfristigen Planung des Haushaltsplans 2019 (Summe aus Gewerbesteuer, Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Grundsteuer etc. 2.739,8 Mio. EUR) zum Haushaltsplanentwurf 2022 (2.449,0 EUR); Differenzbetrag: 290,8 EUR.

Erwartungsgemäß zeigen sich die Folgen dieses Einbruchs erst mit Zeitverzögerung im städtischen Haushalt:

Im ersten Jahr der Pandemie haben zahlreiche Hilfen unseren Haushalt gestützt. Rechnet man diese Hilfen zusammen, angefangen von der (Teil-)Kompensation bei der Gewerbesteuer über die Aufstockung bei den Kosten der Unterkunft bis hin zu diversen zusätzlichen Leistungen (wie die Beteiligung des Landes an der Erstattung von Kita-Beiträgen), hat unser Haushalt im Jahr 2020 Hilfen in Höhe von etwas über 200 Millionen Euro erhalten.

Nur dank dieser Hilfen und auch dank eines konsequenten Managements bei uns vor Ort werden wir das Jahr 2020 wohl mit schwarzen Zahlen abschließen.

Das ist eine große Erleichterung und mein Dank gilt all denen, die sich für diese schnelle und tatkräftige Unterstützung auch der kommunalen Haushalte eingesetzt oder diese ermöglicht haben. Im Namen dieser Stadt: Vielen, vielen Dank dafür!

Gleichzeitig, sehr geehrte Ratsmitglieder, bereiten mir diese guten Zahlen tatsächlich auch Sorge.

Die Sorge, dass sich die Entscheidungsträger*innen in Bund und Land, dass wir alle uns in falscher Sicherheit wiegen. Dass wir uns der Illusion hingeben, die Krise der kommunalen Haushalte sei abgewehrt und weitere Hilfen würden nicht Not tun.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist beileibe nicht der Fall:

- Derzeit zeichnet sich nicht ab, dass die Hilfe bei der Gewerbesteuer fortgeführt wird.
- In diesem und in den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob die in unseren Büchern stehenden und in der Krise zunächst gestundeten Steuerforderungen tatsächlich einbringlich sind.
- Und erst auf der Strecke, wenn die Rücklagen aufgebraucht sind und wenn wegen eines anlaufenden Betriebs aber auch keine Kurzarbeit mehr möglich ist, geht es für Viele - auch für kommunale Unternehmen - ans Eingemachte.
- Bei der Messe und beim Flughafen, im Kultur- und Sportbereich, ja im gesamten Veranstaltungs-, Reise- und Tourismusgeschäft, sind wir immer noch gefühlte Lichtjahre von einer Vor-Corona-Normalität entfernt. Und das hat Folgen: Die Eigenkapitaldecke wird dünner, Betriebskostenzuschüsse müssen aufgestockt werden und Ausschüttungen fallen niedriger oder ganz aus.

Dies bringt mich zu dem zweiten Themenkreis:

"Welche Schlussfolgerung ziehen wir? Was bedeuten die massiven Einbrüche für unseren neuen Haushaltsplan?",

diese Frage, sehr geehrte Ratsmitglieder, war eine der drängendsten Fragen in den vergangenen eineinhalb Jahren.

Die Antwort darauf ist ebenso klar wie gradlinig:

Handlungsfähig bleiben!
Konsequent, abgewogen und zielorientiert handeln!

Diese Grundhaltung haben wir mit zahlreichen Hilfsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie unter Beweis gestellt, und davon ist auch dieser Haushaltsentwurf geprägt:

Dieser Haushalt ist bewusst kein Sparhaushalt!

Wir haben uns im Gegenteil entschieden, Strukturen und Budgets weitestmöglich auf dem Vor-Corona-Niveau abzusichern und quasi das 2019er Niveau durch die Krise zu retten.

Und obwohl wir immer wieder – und zuletzt von der Gemeindeprüfungsanstalt – attestiert bekommen, dass unsere Steuersätze vergleichsweise niedrig sind, werden wir die Löcher nicht durch Steuererhöhungen bei der Gewerbe- oder Grundsteuer schließen.

Zur Ehrlichkeit gehört es natürlich, ebenso darauf hinzuweisen, dass damit die Möglichkeiten für neue Aufgaben, für Ausweitungen und Zusetzungen begrenzt sind.

Deshalb haben wir im Planungsprozess alle Anmeldungen kritisch hinterfragt, Budgets teilweise enger geschnitten und Puffer im Haushalt reduziert - mit einem Ziel:

Trotz der schwierigen Gesamtsituation Spielräume für Zukunftsthemen und Schwerpunkte zu schaffen.

Das, sehr geehrte Ratsmitglieder, ist unsere Zielsetzung und das ist meines Erachtens auch gut gelungen.

Und damit bin ich beim dritten Aspekt:

Wie begegnen wir in unserem Haushalt den zahlreichen Herausforderungen der Zukunft?

Ein paar harte Fakten vorweg:

Trotz massiver Einbrüche auf der Ertragsseite: Für die Aufgaben dieser Stadt werden 2022 insgesamt 5,27 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Das sind 130 Millionen mehr als noch im Vorjahr!

Davon entfallen rd. 2,17 Milliarden Euro auf die Produktbereiche Soziale Hilfen sowie Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, das sind rund 69 Mio. EUR mehr als im Vorjahr. Oder mit anderen Worten: Mehr als die Hälfte aller Zusetzungen im Haushaltsplan entfallen auf diese beiden Bereiche.

Deshalb dazu ein paar weiterführende Erläuterungen:

- Wir haben hohe Steigerungsraten bei der Eingliederungshilfe. Kostentreiber sind hier die Aufwendung für Schulbegleiter im Rahmen der schulischen Inklusion. Hier steigen die Kosten schon seit Jahren mit zweistelligen Veränderungsraten.
- Sehr stark steigen auch die Kosten für die Wohnungsnotfallprävention – eine Folge der Entwicklung am Kölner Wohnungsmarkt.
- Leider bleiben die Kostenpauschalen des Landes nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz deutlich hinter den tatsächlichen Kosten und Standards in Köln zurück. Das erhöht den Zuschussbedarf in diesem Bereich um 7 Millionen Euro.
- Im Bereich der Jugendhilfe gibt es – ich sage Ihnen hier leider nicht Neues – weiter konstant steigende Fallzahlen und -kosten.
- Bei der Kindertagesbetreuung schlagen sich die Planungen für den Zuwachs an Betreuungsplätzen in den Zahlen nieder und außerdem macht sich die Reform des Kibiz – wie schon in meiner letzten Haushaltsrede befürchtet – mit einem Mehraufwand von zusätzlich rd. 43 Millionen Euro bemerkbar.
- Bei den Schulträgeraufgaben gibt es ein Plus von 34,6 Millionen Euro oder fast 8 % insbesondere in Folge von Neu- und Umbauten und der Digitalisierung im Schulbereich.
- Immerhin: Der Bund hat seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft deutlich erhöht. Hier ist – wohl auch dank Corona – ein wegweisender Durchbruch gelungen und es wurde eine uralte Forderung der Städte erfüllt. 2022 bedeutet das für Köln Mehrerträge in Höhe von 61,6 Millionen Euro.

Generell ist jedoch festzustellen, dass diese Bereiche von einer starken gesetzlichen und finanziellen Dynamik geprägt sind.

Umso wichtiger ist es, dass Bund und Land dem Konnexitätsgedanken, also dem Prinzip, „Wer bestellt, bezahlt!“, gerecht werden.

Sehr aufmerksam werden wir deshalb Entwicklungen bei der Ganztagsbetreuung beobachten. Der Bundestag hat dem Gesetzentwurf für einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab dem Schuljahr 2026/2027 im Juni dieses Jahres zugestimmt. Der Bundesrat als Länderkammer hat das Gesetz aufgrund unzureichender Finanzierung abgelehnt. Jetzt ist der Vermittlungsausschuss am Zug.

Wie wichtig eine ausreichende Finanzierung ist, das zeigen jedenfalls unsere Zahlen: Im Vorgriff auf das Gesetz haben wir einen sukzessiven Ausbau auf bis zu 34.300 Plätze berücksichtigt. In Zahlen bedeutet das voraussichtlich jährliche Mehraufwendungen von über 16 Millionen Euro.

Von enormer Bedeutung für unseren Haushalt sind auch die Personalaufwendungen. 2022 werden wir rd. 1,3 Milliarden Euro - und damit fast ein Viertel unseres Budgets – für Personalaufwendungen bereitstellen. Um schlagkräftig auf die diversen Herausforderungen reagieren zu können, haben wir hierbei ein Kontingent für 252 Mehrstellen, für die keine anderweitige Refinanzierung – zum Beispiel durch Fördermittel – vorliegt, eingepreist.

Auch der Abbau des Investitionsstaus bleibt eine der zentralen Herausforderungen.

In 2022 stehen im Kernhaushalt allein für Investitionen im engeren Sinne 642,2 Millionen Euro zur Verfügung, das sind 146,1 Millionen Euro mehr als noch im letzten Haushaltsjahr.

Darin enthalten sind wichtige Infrastruktur- und Großprojekte, aber auch ein erstmalig aufgelegtes Programm für zusätzliche Klimaschutzinvestitionen im Kernhaushalt von jährlich 20 Mio. EUR. Damit können über die schon derzeit ergriffenen zahlreichen Aktivitäten hinaus, weitergehende Impulse z.B. für den Ausbau von Photovoltaik gegeben werden. Die Konkretisierung dieses Programmbudgets wird bei Ihnen liegen.

Daneben werden wir mit städtischen Mitteln im Rahmen der Konzernfinanzierung einzelne, gesamtstädtisch wichtige, Projekte finanzieren. Beispielhaft verweise ich auf die zur Modernisierung des ÖPNV geplante Anschaffung der Nieder- und Hochflurfahrzeuge mit einem, sich über mehrere Jahre erstreckenden, Gesamtfinanzierungsvolumen von bis zu 1,24 Milliarden Euro.

Diese Auflistung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ließe sich auch für viele weitere Bereiche beliebig fortsetzen.

Unsere Oberbürgermeisterin hat Ihnen gerade einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen und Schwerpunkte gegeben, auf die ich hier verweisen möchte.

Fest steht in jedem Fall:

Wir werden mit dem Haushalt 2022 viel bewegen.

Aber, ich muss Ihnen deutlich und ohne Wenn und Aber sagen: Das ist nicht zum Nulltarif zu haben!

Wir werden uns gewaltig anstrengen müssen, unsere Gestaltungsambitionen mit Finanzierungsrealismus zu verbinden.

Und damit bin ich bei meinem letzten Themenkreis angekommen:

Was bedeutet das für die Zukunft und insbesondere für den angestrebten Haushaltsausgleich?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir hatten uns für 2022 realistische und gleichzeitig ehrgeizige Ziele vorgenommen!

2022 – so unser Plan – sollte der Haushalt unserer Stadt ausgeglichen und damit der schleichende Verzehr des städtischen Vermögens endlich beendet werden.

So schmerzlich es auch ist: Dieses Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses wichtige und richtige Ziel werden wir – Stand heute – aus eigener Kraft nicht erreichen können.

Derzeit gehen wir vielmehr davon aus, dass das Jahr 2022 planerisch mit einem Minus von rd. 222,7 Mio. EUR schließen wird. Der damit einhergehende Eigenkapitalverzehr, die sog. Entnahmequote, liegt im Jahr 2022 bei 4,07% und im Folgejahr bei 3,88%.

Das sind keine schönen Zahlen – beileibe nicht. Im Gegenteil: Das sind tiefrote Zahlen!

Und gleichzeitig ist wichtig:

Es sind Zahlen, die „leben“ – Zahlen, die sich verändert haben und sich auch noch verändern werden!

Wie komme ich zu dieser Einschätzung?

Erstens:

Diese Zahlen sind deutlich besser, als wir es noch vor kurzem befürchten mussten. Der Ihnen vorliegende Planentwurf weist noch ein Defizit von 319,6 Millionen Euro und im ersten Jahr einen Eigenkapitalverzehr von 5,84 % und damit über der "magischen" 5%-Grenze aus.

Die Verbesserung beim Defizit um rd. 100 Millionen Euro ist eine ganz aktuelle Entwicklung, die wir daher in den 1. Veränderungsnachweis aufgenommen haben.

Zweitens:

Wir rechnen damit, dass wir Ihnen – je nach Signal aus dem Düsseldorfer Landtag – in den kommenden Wochen einen weiteren Veränderungsnachweis vorlegen werden. Mit der geplanten Verlängerung des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen werden wir die sog. Corona-bedingten Schäden im Haushalt isolieren und qua Gesetzes sozusagen „ausbuchen“ können.

Derzeit gehen wir davon aus, dass die „Corona-Schäden“ 2022 bis an die 200 Millionen Euro heranreichen könnten. Wenn wir diese ausbuchen könnten, würde sich unser geplantes Defizit von rund 222 Millionen Euro quasi auf einen Schlag „in Luft auflösen“. Der angestrebte Haushaltsausgleich wäre dann so gut wie erreicht.

Also alles gut?

Nein, liebe Ratsmitglieder.

Nein! – Jedenfalls dann nicht, wenn wir eine verantwortungsvolle, eine nachhaltige Finanzpolitik wollen. Eine Finanzpolitik, die auch unseren Kindern und Enkeln noch Spielräume bewahrt.

Warum dieses klare „Nein“?

Zunächst: Die deutliche Verbesserung um rund 100 Millionen Euro liegt nicht daran, dass sich die Situation hier vor Ort entspannt hätte:

Die Verbesserung hat ihren Grund allein darin, dass sich die Landesregierung angesichts der Steuerrückgänge kürzlich entschlossen hat, den kommunalen Finanzausgleich 2022 aus Landesmitteln zusätzlich zu stützen.

Dieser Schritt der Landesregierung ist – das will ich hier in aller Deutlichkeit betonen – sehr zu begrüßen!

Allein: Diese Unterstützung, diese Verbesserung soll nur im Wege einer Kreditierung – also „auf Pump“ – erfolgen.

Das heißt: Wir dürfen uns gerade nicht darauf verlassen, dass diese Hilfe auch in Folgejahren fließen wird. Nein, im Gegenteil: Wir müssen davon ausgehen, dass wir diese Mittel über kurz oder lang zurückzahlen werden müssen.

Wenn wir – wie geboten – mit kaufmännischer Vorsicht ans Werk gehen, dann können wir diese Verbesserung also nicht in die Zukunft fortschreiben.

Das gilt umso mehr, als das Land eine Reform bei der Verteilung der Finanzausgleichsmittel angekündigt hat. Eine Reform, die deutliche Umverteilungsverluste für die kreisfreien Städte – und damit auch die Stadt Köln – bedeuten könnte.

Sie verstehen nun hoffentlich, warum ich zur Vorsicht mahne. Warum wir uns auf diesen Verbesserungen, die buchhalterischer Natur sind, nicht ausruhen dürfen.

Das gilt erst recht und noch viel mehr mit Blick auf die angekündigte Corona-Isolation.

Denn auch wenn die Bereinigung um die Corona-Effekte deutlich zeigt, dass wir sehr solide gewirtschaftet haben:

Das alles sind Zahlen nur auf dem Papier!
Zahlen, die die tatsächliche Lage nicht wiedergeben!

Das „Ausbuchten“ hat ja gerade nicht zur Folge, dass die Belastungen weg sind – nein: die Belastungen werden nur in die Zukunft geschoben und sie werden uns in späteren Haushaltsjahren wieder erreichen. Wir werden lediglich die Wahl haben, ob wir die Belastungen Ende 2024 in einem Schlag abbauen oder wir (und die kommenden Generationen) sie über 50 Jahre im Haushalt abstottern.

Ich hatte die Frage gestellt:

„Was macht Corona mit dem angestrebten Haushaltsausgleich?“

Meine Antwort lautet: Ohne Corona, wäre der Haushaltsausgleich realistisch zu erreichen gewesen. Mit Corona sehen die ehrlichen (!) Zahlen jedenfalls für 2022 ernüchternd aus.

Wohlgemerkt: Ernüchternd – nicht hoffnungslos!

Und damit sollten wir den Blick in die Zukunft richten!

Denn: Wir sind auf dem richtigen Weg! Unsere Zahlen zeigen nämlich auch:

- Wir verfügen weiterhin – trotz allem – über eine sehr solide und starke Steuerbasis, um die uns viele Städte beneiden.
- Auch ohne die „Schönheitskur“ der Corona-Isolation werden wir sicher unter der gesetzlichen Schwelle zur Haushaltssicherung bleiben.
- Und selbst wenn der Haushaltsausgleich im Jahr 2025 noch nicht „in trockenen Tüchern“ ist: In einer gemeinsamen Anstrengung ist er greifbar!

Das sollte daher Anspruch und Anreiz zu gleich sein! Uns und Ihnen!

Es mag nicht allen gefallen, liebe Ratsmitglieder – aber auch wenn unsere Stadt bisweilen eine echte Wundertüte ist, an einer Erkenntnis kommen wir alle gemeinsam nicht vorbei:

Auch hier, ja auch hier in Köln, ist das Budget endlich und kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden!

Zur Ehrlichkeit gehört deshalb dazu, dass wir uns nicht alles - und erst recht nicht alles gleichzeitig - leisten können.

Von Seiten der Verwaltung haben wir einen Planentwurf vorgelegt,

- der eine gesunde Mischung enthält,
- der trotz massiver Ertragseinbrüche Zukunft schafft,
- der eine solide Abwägung von Chancen und Risiken vornimmt.

Gleichzeitig ist es gelungen, den Haushaltsentwurf erneut so früh vorzulegen, dass – wenn alles glatt geht – wir mit einem rechtzeitig beschlossenen und wirksamen Haushalt in das neue Jahr starten können!

Das war nur möglich, weil die Oberbürgermeisterin und meine Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand aber auch viele, viele Kolleg*innen in den Fachbereichen und Ämtern diese Aufgabe gemeinsam gestemmt haben. Für diesen Schulterschluss möchte ich mich bei Ihnen allen, bei Euch allen, an dieser Stelle ausdrücklich bedanken!

Mein ganz besonderer Dank geht in Richtung Kämmerei:

Liebe Kolleg*innen aus der Kämmerei! Es waren, es sind besondere Zeiten – mit sich dynamisch ändernden Zahlen und einem bis heute nicht abschließend geklärten Rechtsrahmen. Es ist wesentlich Ihrer umsichtigen und manchmal mühevollen Arbeit zu verdanken, dass der Haushalt im Entwurf heute vor uns liegt.

Sie haben unseren Dank mehr als verdient!

Jetzt, meine sehr geehrten Ratsmitglieder,

legen wir den Haushaltsentwurf in Ihre Hände.

Falls ich mir wünschen darf, dass eine Botschaft hängen bleibt, dann diese: Ja, es sind stürmische Zeiten – aber die Perspektive ist da! Jetzt gilt es Augenmaß zu wahren und Kurs zu halten – hin zu einer nachhaltigen, generationengerechten Finanzwirtschaft.

Ich wünsche gute und konstruktive Beratungen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!